

PRESSEINFORMATION

Lobbyismus braucht mehr Offenheit und Nachvollziehbarkeit

„Allianz für Lobbytransparenz“ fordert Interessenvertretungsgesetz

Berlin/Frankfurt, 28.06.2019 – In einer außergewöhnlichen „Allianz für Lobbytransparenz“ setzen sich sechs Organisationen für mehr Offenheit und Nachvollziehbarkeit in der politischen Interessenvertretung ein. Um dieses Ziel zu erreichen, fordern der Verband der Chemischen Industrie (VCI), Transparency Deutschland, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Die Familienunternehmer, der Naturschutzbund Deutschland (NABU) und der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) ein umfassendes Interessenvertretungsgesetz noch in dieser Legislaturperiode. Das Bündnis baut auf einer Kooperation von VCI und Transparency Deutschland aus dem vergangenen Jahr auf.

VCI-Hauptgeschäftsführer **Utz Tillmann** betont: „Mit dieser überraschenden und breiten Allianz zeigen wir, dass Interessenvertretung kein Branchenthema ist. Sie ist vielmehr für alle Organisationen unterschiedlicher gesellschaftlicher Bereiche relevant. Klare und faire Regeln sind für alle, Lobbyisten und Politiker gleichermaßen, notwendig und sinnvoll. Denn das gestiegene Interesse der Gesellschaft nach Transparenz ist legitim und nachvollziehbar. Diesem Anspruch müssen wir uns stellen.“

Hartmut Bäumer, Vorsitzender von Transparency Deutschland, fordert: „Um das Vertrauen in die demokratischen Institutionen zu stärken, müssen die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen können, wie und warum politische Entscheidungen zustande kommen. Unsere breite Allianz zeigt: Es ist Zeit, endlich das Lobbyregister und den legislativen Fußabdruck einzuführen. Denn: Wir brauchen eine transparente Interessenvertretung aufseiten von Wirtschaft und Zivilgesellschaft und eine öffentlich nachvollziehbare Interessenabwägung aufseiten der Politik und Verwaltung.“

BDI-Hauptgeschäftsführer **Joachim Lang** sagt: „Der Austausch zwischen Politik und politischer Interessenvertretung ist ein wichtiger Grundpfeiler politischer Meinungsbildungsprozesse. Mit diesem Eckpunktepapier für ein Interessenvertretungsgesetz setzen wir uns für mehr Fairness und Transparenz ein. Wichtig ist, dass für alle die gleichen Spielregeln gelten – ohne gleichzeitig eine überbordende Bürokratie zu erzeugen.“

Albrecht von der Hagen, Hauptgeschäftsführer von DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V., erklärt: „Eine Aufgabe von Politikern ist es, auch

ohne tiefgreifendes eigenes Praxiswissen Entscheidungen zu treffen. Um deren Bedeutung und Auswirkungen in möglichst vielen Facetten umfassend überblicken und beurteilen zu können, tauschen sie sich mit Interessenvertretern aus. Dies ist ein wichtiger und unumgänglicher Baustein demokratischer Willensbildung. Ein Lobbyregister hilft, diese Prozesse zu verstehen und nachzuvollziehen.“

NABU-Bundesgeschäftsführer **Leif Miller** betont: „Gut finanzierte Lobbygruppen beeinflussen die Gesetzgebung und Politik der Bundesregierung, ohne dass das bislang transparent und nachvollziehbar war. Ein Lobbyregister auch für Deutschland ist daher überfällig. Es macht den „Lobbyfußabdruck“ bei politischen Entscheidungen sichtbar.“

Klaus Müller, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands (vzbv), sagt: „Was in Brüssel längst selbstverständlich ist, muss endlich auch in Berlin gelten: Wir benötigen dringend ein öffentliches Lobbyregister und einen legislativen Fußabdruck, um nachvollziehen zu können, wer wie auf Gesetzgebung Einfluss nimmt. Damit setzen wir nicht nur ein Zeichen für verantwortliche Interessenvertretung, sondern stärken auch das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in politische Entscheidungsprozesse insgesamt.“

Für die Einführung eines Lobbyregisters, eines „legislativen Fußabdrucks“ sowie eines Lobbybeauftragten

Die sechs Organisationen befürworten ein öffentliches Lobbyregister, in das sich alle Personen eintragen müssen, die sich der politischen Interessenvertretung widmen. Das Register enthält auch Angaben zu den Tätigkeitsfeldern sowie zu den Finanzmitteln, die für die Interessenvertretung zur Verfügung stehen. Weiter empfehlen die Organisationen die Einführung eines verpflichtenden Verhaltenskodexes sowie dazugehöriger Sanktionen bei einem Verstoß gegen den Kodex.

Darüber hinaus plädiert die Allianz für einen „legislativen Fußabdruck“ in Form einer digitalen und öffentlich zugänglichen Dokumentation der politischen Interesseneingaben. Dazu sollen die Interessenbeteiligung und -abwägung in der Begründung von Gesetzentwürfen erläutert werden. Das stärkt nach Auffassung der Organisationen Transparenz und Nachvollziehbarkeit. Weiter schlagen sie die Etablierung eines sogenannten Lobbybeauftragten vor, der die Einhaltung der Umsetzung des Interessenvertretungsgesetzes überwacht und dem Deutschen Bundestag regelmäßig einen Lobbybericht vorlegt.

Das gemeinsame Positionspapier „Allianz für Lobbytransparenz – Gemeinsam für eine transparente Interessenvertretung“ steht als Download zur Verfügung unter

www.vci.de/presse/uebersichtsseiten.jsp
www.transparency.de/aktuelles/pressemitteilungen/
www.bdi.eu/media/pressecenter/
www.familienunternehmer.eu/presse-news.html
www.nabu.de/presse/
www.vzbv.de/presse

Kontakt Pressestellen

Verband der Chemischen Industrie, Monika von Zedlitz
Telefon: 069 2556 1496, E-Mail: presse@vci.de

Transparency Deutschland, Adrian Nennich
Telefon: 030 54 98 98 15, E-Mail: presse@transparency.de

Bundesverband der Deutschen Industrie, Alexander Mihm
Telefon: 030 20281450, E-Mail: BDI-Presseteam@bdi.eu

Die Familienunternehmer, Birte Siedenburg
Telefon: 030 30065 441, E-Mail: siedenburg@familienunternehmer.eu

Naturschutzbund, Kathrin Klinkusch
Telefon: 030 28 4984 1510, E-Mail: presse@nabu.de

Verbraucherzentrale Bundesverband, Franka Kühn
Telefon: 030 258 00 525, E-Mail: presse@vzbv.de

Kurzbeschreibung der Organisationen

Verband der Chemischen Industrie e.V.

Der VCI vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen von rund 1.700 deutschen Chemieunternehmen und deutschen Tochterunternehmen ausländischer Konzerne gegenüber Politik, Behörden, anderen Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Medien. Der VCI steht für mehr als 90 Prozent der deutschen Chemie. Die Branche setzte 2018 203 Milliarden Euro um und beschäftigte rund 462.500 Mitarbeiter.

Transparency International Deutschland e.V.

Transparency International Deutschland e.V. arbeitet deutschlandweit an einer effektiven und nachhaltigen Bekämpfung und Eindämmung der Korruption.

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Der BDI ist die Spitzenorganisation der deutschen Industrie und der industrienahen Dienstleister. Er spricht für 36 Verbände und mehr als 100.000 Unternehmen mit rund acht Millionen Beschäftigten im Inland. Der BDI transportiert die Interessen der deutschen Industrie an die Politik. Damit unterstützt er die Unternehmen im globalen Wettbewerb. Er verfügt über ein weitverzweigtes Netzwerk in Deutschland und Europa, auf allen wichtigen Märkten und in internationalen Organisationen. Der BDI bietet Informationen und wirtschaftspolitische Beratung für alle industrierelevanten Themen.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.

Der Unternehmerverband folgt als die politische Interessenvertretung von rund 6.500 Familienunternehmern den Werten Freiheit, Eigentum, Wettbewerb und Verantwortung. Mitglied sind Unternehmerinnen und Unternehmer persönlich, nicht die Unternehmen.

Naturschutzbund Deutschland e.V.

Der NABU engagiert sich seit 120 Jahren für Mensch und Natur. Mit mehr als 700.000 Mitgliedern und Förderern ist er der mitgliederstärkste Umweltverband in Deutschland. Er setzt sich für den Vogel- und Artenschutz, den globalen Klimaschutz und für eine nachhaltige europäische Agrarpolitik ein, kümmert sich um saubere Meere und den naturverträglichen Ausbau erneuerbarer Energien. Mit 40.000 Naturschutzmacherinnen und Naturschutzmachern in bundesweit 2.000 Gruppen kann sich der NABU auf eine breite ehrenamtliche Basis stützen. Der NABU ist international in Projektregionen, vor allem in Afrika, Westkavkasus und Mittelasien engagiert.

Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.

Der Verbraucherzentrale Bundesverband ist die starke Stimme von mehr als 80 Millionen Verbraucherinnen und Verbrauchern in Deutschland. Der vzbv vertritt ihre Interessen gegenüber Politik, Wirtschaft und Verwaltung und klagt Verbraucherrechte vor Gericht ein. Als Dachverband der 16 Verbraucherzentralen der Länder und 26 Verbraucherschutzorganisationen bündelt er die Kräfte für einen starken Verbraucherschutz.